

N i e d e r s c h r i f t

**der 23. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
31.08.2016
öffentlich**

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 14:04 Uhr bis 17:17 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Herr Hendrik Lange	Vorsitzender des Stadtrates
Herr Dr. Bernd Wiegand	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Frau Dr. Annegret Bergner	Oberbürgermeister
Herr Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), bis 18:01 Uhr
Herr Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), bis 17:20 Uhr
Herr Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), ab 14:15 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Frau Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Frau Sarah Heinemann	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Frau Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Frau Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Frau Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Frau Katja Müller	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Frau Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Frau Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Fabian Borggreve	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Frau Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähmig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), ab 14:05 Uhr
Herr Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Frau Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Herr Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Frau Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Herr Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Helmut-Ernst Kaßner	Stadtrat, ab 14:25 Uhr
Herr Markus Klätte	Stadtrat
Herr Gerhard Pitsch	Stadtrat

Entschuldigt fehlten:

Herr Alexander Raue
Herr Harald Bartl
Herr Frank Sanger
Herr Bernward Rothe

Stadtrat
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde wurde vom Vorsitzenden des Stadtrates, **Herrn Hendrik Lange** eröffnet.

Vorab wies er darauf hin, dass von der Einwohnerfragestunde keine Film- und Tonaufnahmen angefertigt werden dürfen. Dies dient zum Schutz aller Anwesenden im Zuschauerbereich sowie zum Schutz der Fragesteller selbst.

Er informierte weiter, dass es nur dem durch den Stadtrat legitimierten Sender TV-Halle gestattet ist, Film- und Tonaufnahmen anzufertigen.

Herr Thomas zu Schulden/ Zinsderivate

Herr Thomas bedankte sich bei Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand für den im vergangenen Jahr eingebrachten ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2016. Bezugnehmend zur Zinsderivate brachte er seine Verwunderung zum Ausdruck, wie Stadt und Stadtwerke immer wieder in Zinsderivate eintreten können. Er fragte, bezugnehmend zu den beiden Derivatverträgen von 2015 und 2018, ob man versucht habe, diese Verträge zu stornieren und sollte dies nicht der Fall sein, warum Stadt und Stadtwerke die Banken für die entstehenden Verluste nicht verklagt haben.

Herr Geier erklärte, dass die Thematik Zinsderivate zu vielschichtig und umfassend ist, um hier zur Einwohnerfragestunde präzise antworten zu können. Er schlug vor, anhand des im Herbst vorliegenden aktuellen Schuldenberichtes, gemeinsam ins Gespräch zu gehen und die Fragen zu erörtern.

Herr Thomas bedankte sich für die Einladung, welcher er gerne folgen wird.

Frau Pommer zum Verein zur Förderung der freien Kulturlandschaft e.V.

Frau Pommer sprach stellvertretend für den Verein „Die Bude“. Sie informierte, dass bisweilen in den Räumlichkeiten der Hardenbergstraße 23 das Kinder- und Jugendtheater betrieben wurde. Man sei die einzige Kinder- und Jugendspielstätte in ganz Halle und sogar Sachsen-Anhalt, welche in eigener Regie die Darstellungen gestalte. Im Jahr werden bis zu 6000 Nutzer verzeichnet. Leider wurde der Mietvertrag von der Stadt für die Räumlichkeiten gekündigt. Die in vergangener Zeit gelaufenen Gespräche für neue Räumlichkeiten verliefen leider ergebnislos. Die Fragen zur Instandhaltung und offener Mietforderungen konnten nicht geklärt werden. Durch diesen Umstand ist nunmehr die Existenz des Vereines „Die Bude“ bedroht.

In diesem Zusammenhang fragte **Frau Pommer**, welche Ziele die Stadt bei der Verhandlung mit dem Verein zur Förderung der freien Kulturlandschaft e.V. über einen neuen Mietvertrag verfolgte, wie hoch ein eventueller Kaufpreis angesetzt werden würde, welche Pläne es mit dem Objekt unter Berücksichtigung des Beschlusses aus der nicht öffentlichen Sitzung von 1991 gibt, bei der es darum ging, das Gebäude für Kinder- und Jugendliche freizustellen und welche weiteren Konzepte die Stadt für ein Kinder- und Jugendtheater aufweisen kann.

Frau Dr. Marquardt versicherte, dass in den Gesprächen eine einvernehmliche Lösung anvisiert war. Dies war leider nicht möglich. Das Objekt selbst steht nicht zum Verkauf. Die Stadt unterstützt diverse kulturelle und soziale Projekte für Kinder und Jugendliche. Im vorliegenden Fall ging es allerdings um das Mietverhältnis, welches problematisch war und letztlich leider keine einvernehmliche Lösung gefunden werden konnte.

Herr Fritz zur Friedhofsgebührensatzung

Herr Fritz bezog sich auf die Friedhofsgebührensatzung und die im letzten Dezember beschlossene neue Satzung. Bei der Abwicklung der alten Satzung ist ihm aufgefallen, dass ein Abwicklungsproblem übersehen wurde. Im Prüfbericht des Landesrechnungshofs vom 06.02.2014 wurde erklärt, dass Kosten in Höhe von 149.105,19 Euro falsch zugeordnet wurden. Beim Durchschauen der Kalkulation von 2016, der Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfbericht von 2015, des Haushaltes und der aktuellen Friedhofsgebührensatzung ist ihm keine Stelle aufgefallen, wo diese Summe erscheint und den Bürgerinnen und Bürgern eine Art Rückabwicklung, Erstattung oder ähnliches angeboten wurde. Aus diesem Grund fragte er, ob den Gebührenschuldern ein Art Erlass angeboten wurde oder ähnliches. Sollte dies nicht der Fall sein, hätte er gern Gründe genannt.

Herr Stäglin sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Schmidt zum TOP 10.16

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion erfolgt zu dieser Einwohnerfrage ein Wortprotokoll.

Herr Lange

Als letzter Fragesteller hat Herr Donato Schmidt das Wort.

Herr Schmidt

So, ich möchte mich auch noch einmal vorstellen, mein Name ist Donato Schmidt. Ich bin Veranstaltungsleiter der Halleschen Montagsdemo beziehungsweise der Mahnwache für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit und ehrliche Medien. Meine Frage bezieht sich hier auf eine Anfrage der Fraktion der Linken. Unser Stadtratsvorsitzender ist ja auch von der Fraktion der Linken, das heißt, das ist hervorragend, dass er auch gerade da ist. Die Frage war nämlich, beziehungsweise eine der vier Fragen die gestellt wurde war, welche Kosten sind hinsichtlich der Absicherung durch die Polizei seitdem für die Kommune beziehungsweise das Land entstanden, also seitdem wir, seit dem 28. April 2014 auf der Straße stehen, welche Kosten sind da entstanden? Diese Frage wurde verschoben beziehungsweise die Antwort auf die Frage wurde verschoben, weil es wird erstmal weitergegeben an die Versammlungsbehörde, um das zu berechnen. Und wir möchten aber schon man, beziehungsweise ich möchte schon mal im Vorfeld die Frage stellen, durch wen wurden diese Kosten denn eigentlich verursacht? Ich mein, wenn wir auf der Straße friedlich stehen beziehungsweise auf dem Marktplatz, war bisher kein großes Polizeiaufgebot nötig, solange keine Gegendemonstration da war. Denn die Gegendemonstration war oft sehr gewaltbereit. Also das heißt, die Gewalt ging immer von der Gegendemonstration aus, die unter anderem auch unter Beteiligung unseres Stadtratsvorsitzenden stattfanden, also diese Gegendemonstrationen. Und das heißt, wer hat denn hier wirklich die Kosten dann verursacht? Eben jene Gegendemonstration, für die die Polizei in so großer Zahl anrücken musste oder durch uns, also und vor allen Dingen, werden dann diese Kosten, die dadurch entstanden sind aus dieser Rechnung herausgenommen, so dass am Ende nur noch die

tatsächlich entstandenen Kosten, die durch uns entstanden sind, stehen bleiben. Vielen Dank.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Schmidt, die Fragen können wir Ihnen nicht beantworten. Wir werden sie aber zur Beantwortung der Versammlungsbehörde weiterleiten.

Herr Schmidt

Die Frage ist eigentlich nur, ob's rausgerechnet wird der fairnesshalber, das heißt, ob man zumindest da das Einsehen hat, dass es fair wäre, diese Kosten zumindest, die nicht durch uns entstanden sind, denn wie gesagt, wenn keine Gegendemonstration da war, waren zwei Polizeibeamte nötig, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen und ja vielleicht auch einfach die Situation zu beobachten. Aber ansonsten mehr war ja nicht nötig. Es war immer nur dann nötig, wenn die Gegendemonstrationen da war und deswegen noch mal die Frage, wird dann der fairnesshalber diese Kosten, die nicht für uns verursacht wurden, heraus genommen aus dieser Rechnung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Genau diese Frage würde ich weiterleiten.

Herr Schmidt

Okay, gut, vielen Dank.

-Ende Wortprotokoll-

Herr Lange merkte in diesem Zusammenhang an, dass er an keiner gewaltbereiten Demonstration teilgenommen habe und auch zu keiner Zeit zu Gewalt aufgerufen habe.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde vom Vorsitzenden **Herrn Hendrik Lange** eröffnet und geleitet.

Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Im Namen aller Anwesenden gratulierte er Herr **Herrn André Cierpinski** zum heutigen Geburtstag.

Im Weiteren verpflichtete Herr Lange **Herrn Marko Rupsch** als neues Stadtratsmitglied.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Lange verwies auf vorliegende Dringlichkeitsvorlage und bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung

Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen
Zuwendungen
Vorlage: VI/2016/02284

Abstimmungsergebnis:
VI/2016/02284

einstimmig zugestimmt
2/3 Mehrheit

Er informierte, dass der Antrag unter dem Tagesordnungspunkt

- 8.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und der CDU/FDP-Fraktion zur frühzeitigen Beteiligung des Stadtrates an Planungsprozessen
Vorlage: VI/2016/01824

von der Fraktion zurückgezogen wurde.

Weiterhin informierte er über folgende Änderungen und Ergänzungen zu den Tagesordnungspunkten:

- 9.3 ~~Antrag der CDU/FDP-Fraktion der Stadträte Christoph Bernstiel und Andreas Scholtyssek (beide CDU/FDP-Fraktion)~~ zur Gründung eines Runden Tisches „motorisierter Individualverkehr“
Vorlage: VI/2016/02241
→ Antragssteller geändert
→ Beschlusspunkt 2 geändert
- 9.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Installation weiterer Fahrradbügel auf dem Markt
Vorlage: VI/2016/02176
→ hier liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor
- 9.8. Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Broschüre zur Vorstellung der kommunalpolitischen Akteure und der Arbeitsweise des Stadtrates in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02196
→ Antragsteller hinzugefügt

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht, so dass er um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 22.06.2016
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 22.06.2016
Vorlage: VI/2016/02246
5. Bericht des Oberbürgermeisters

- 6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
- 7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Jahresabschluss 2015 der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: VI/2016/02096
- 7.2. Jahresabschluss 2015 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: VI/2016/02100
- 7.3. Jahresabschluss 2015 der Stadtwerke Halle GmbH und Konzernabschluss
Vorlage: VI/2016/02123
- 7.4. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VI/2016/02132
- 7.5. Baubeschlussänderung sowie Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung und einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im Fachbereich Bildung für das Vorhaben „Kindertagesstätte Schimmelstraße“
Vorlage: VI/2016/02136
- 7.6. Widmung eines Teilstücks der Willi-Brundert-Straße (westlicher Teil)
Vorlage: VI/2016/02036
- 7.7. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2016/02284
- 8. Wiedervorlage
- 8.1. *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und der CDU/FDP-Fraktion zur frühzeitigen Beteiligung des Stadtrates an Planungsprozessen*
Vorlage: VI/2016/01824 *zurückgezogen*
- 9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung eines Gehweg, Radweg und Straßenzustandsberichtes
Vorlage: VI/2016/02242
- 9.2. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zum Tag der Ersten Hilfe
Vorlage: VI/2016/02243
- 9.3. Antrag der Stadträte Christoph Bernstiel und Andreas Scholtyssek (beide CDU/FDP-Fraktion) zur Gründung eines Runden Tisches „motorisierter Individualverkehr“
Vorlage: VI/2016/02241
- 9.4. Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU/FDP-Fraktion) zur Beschaffung eines mobilen Schlauchbootes
Vorlage: VI/2016/02218

- 9.5. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Realisierung von Kunst im öffentlichen Raum
Vorlage: VI/2016/02177
- 9.6. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Installation weiterer Fahrradbügel auf dem Markt
Vorlage: VI/2016/02176
- 9.6.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Installation weiterer Fahrradbügel auf dem Markt
Vorlage: VI/2016/02293
- 9.7. Antrag der SPD-Fraktion zur Anpassung der Sportförderrichtlinie
Vorlage: VI/2016/02195
- 9.8. Antrag der SPD-Fraktion zur Erstellung einer Broschüre zur Vorstellung der kommunalpolitischen Akteure und der Arbeitsweise des Stadtrates in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02196
- 9.9. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verkauf des Grundstücks Schopenhauerstraße 4
Vorlage: VI/2016/02215
- 9.10. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der städtischen Förderrichtlinien in den Bereichen Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung
Vorlage: VI/2016/02213
- 9.11. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung von Ausschüssen des Stadtrates
Vorlage: VI/2016/02181
- 9.12. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH
Vorlage: VI/2016/02188
- 9.13. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der Zoologische Garten Halle GmbH
Vorlage: VI/2016/02192
- 9.14. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung eines Mitgliedes im Betriebsausschuss Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: VI/2016/02182
- 9.15. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wahl eines Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: VI/2016/02184
- 9.16. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: VI/2016/02194

- 9.17. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Sicherstellung einer kinderärztlichen Versorgung im Stadtteil Heide-Nord
Vorlage: VI/2016/02183
- 9.18. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Umgang mit Investorenanfragen
Vorlage: VI/2016/02185
10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10.1. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Personalstunden in halleschen Betreuungseinrichtungen
Vorlage: VI/2016/02207
- 10.2. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Warn- und Informationssystem KATWARN
Vorlage: VI/2016/02220
- 10.3. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Verwendung Leistungen nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes zur Finanzierung von Investitionen des kommunalen Straßenbaus
Vorlage: VI/2016/02223
- 10.4. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Veranstaltung unter freiem Himmel auf öffentlichen Straßen, Plätzen, Märkten, Grünanlagen und Spontanpartys
Vorlage: VI/2016/02224
- 10.5. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Helfer- und Hochwassertag
Vorlage: VI/2016/02233
- 10.6. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Beschaffung von Fahrzeugen für den städtischen Fuhrpark
Vorlage: VI/2016/02235
- 10.7. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Naturschutzbeirat der Stadt Halle
Vorlage: VI/2016/02237
- 10.8. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zum Vorschlagswesen in der Stadtverwaltung
Vorlage: VI/2016/02238
- 10.9. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum WLAN im Nahverkehr
Vorlage: VI/2016/02239
- 10.10. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Baumschutzsatzung
Vorlage: VI/2016/02240
- 10.11. Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zum Wassertourismuskonzept
Vorlage: VI/2016/02216
- 10.12. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zu Überschwemmungen bei Starkregenereignissen
Vorlage: VI/2016/02209

- 10.13. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zum Badeverbot am Hufeisensee
Vorlage: VI/2016/02210
- 10.14. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zum Rettungsdienst
Vorlage: VI/2016/02211
- 10.15. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zur ÖPNV-Finanzierung
Vorlage: VI/2016/02212
- 10.16. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Montagsdemos
Vorlage: VI/2016/02178
- 10.17. Anfrage der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE) zum Spielplatz im Grünzug in der Silberhöhe
Vorlage: VI/2016/02199
- 10.18. Anfrage des Stadtrates Sten Meerheim (Fraktion DIE LINKE) zu Gemeinschaftsunterkünften
Vorlage: VI/2016/02180
- 10.19. Anfrage der SPD-Fraktion zum Wochenmarkt Vogelweide
Vorlage: VI/2016/02197
- 10.20. Anfrage der SPD-Fraktion zur Erzielung nachträglich verabschiedeter Einnahmen
Vorlage: VI/2016/02217
- 10.21. Anfrage SPD-Fraktion zur Unterstützung der Sanierung des Stadtgottesackers durch Marianne-Witte-Stiftung
Vorlage: VI/2016/02219
- 10.22. Anfrage der SPD-Fraktion zum Grundstück zwischen Karl-Meseberg-Straße und Heinrich-Schütz-Straße
Vorlage: VI/2016/02221
- 10.23. Anfrage der SPD-Fraktion zur Ausstattung hallescher Schulen mit iPads
Vorlage: VI/2016/02225
- 10.24. Anfrage der SPD-Fraktion zu Bänken an der Grünfläche Theodor-Neubauer-Straße/Merseburger Straße
Vorlage: VI/2016/02226
- 10.25. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Querung des Franckeplatzes durch Schülerinnen und Schüler
Vorlage: VI/2016/02227
- 10.26. Anfrage der SPD-Fraktion zur Gedenktafel im Stadthaus zu Ehren von Stadtverordneten
Vorlage: VI/2016/02228
- 10.27. Anfrage der SPD-Fraktion zur Fernwärme
Vorlage: VI/2016/02222

- 10.28. Anfrage des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion) zur Aufstellung von Bänken im Zentrum von Halle Neustadt
Vorlage: VI/2016/02229
- 10.29. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Schwimmunterricht in Halle
Vorlage: VI/2016/02198
- 10.30. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Pflegeinfrastruktur in Halle
Vorlage: VI/2016/02200
- 10.31. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu verkehrssichernden Maßnahmen am Mühlgraben
Vorlage: VI/2016/02201
- 10.32. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Situation weiblicher Geflüchteter in Halle
Vorlage: VI/2016/02202
- 10.33. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN zum ruhenden Verkehr
Vorlage: VI/2016/02203
- 10.34. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung einer Handlungsanleitung zu ressourcenschonenden Beschaffungskriterien
Vorlage: VI/2016/02205
- 10.35. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wasserentnahme aus dem Hufeisensee zur Bewässerung des Golfplatzes
Vorlage: VI/2016/02206
- 10.36. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Liegewiesen- und Badebereich am Nordwestufer des Hufeisensees sowie der geplanten Brücke
Vorlage: VI/2016/02208
- 10.37. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur präventiven Begrünung von städtischen Gebäuden
Vorlage: VI/2016/02190
- 10.38. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Bürgerhaushalt 2017
Vorlage: VI/2016/02189
- 10.39. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Seminaren im Bereich Interkulturelle Kompetenzvermittlung
Vorlage: VI/2016/02187
- 11. Mitteilungen
 - 11.1. Jahresabschluss 2015 der Stiftung Händel-Haus
Vorlage: VI/2016/02174
 - 11.2. Mitteilung zur Sachspende Mühlbachweg
- 12. mündliche Anfragen von Stadträten

13. Anregungen
 - 13.1. Anregung der SPD-Fraktion zur Installation einer App für Flüchtlinge
Vorlage: VI/2016/02230
 - 13.2. Anregung des Stadtrates Gottfried Koehn (SPD) zur Errichtung eines wetterfesten Gehweges entlang des Blumenauweges im Bereich zwischen Kolkturnring/Saalering und Gartenstraße
Vorlage: VI/2016/02236
 - 13.3. Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD) zur Verbesserung der Einsehbarkeit der Bahntrasse am Rannischen Platz
Vorlage: VI/2016/02231
 - 13.4. Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD) zur Erleichterung der Befahrbarkeit des Rannischen Platzes
Vorlage: VI/2016/02232
 - 13.5. Anregung des Stadtrates Gottfried Koehn (SPD) zur Querung des Radweges im Bereich der Einmündung Waldstraße/Nordstraße
Vorlage: VI/2016/02234
 - 13.6. Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu generationsübergreifende Bewegungsparks
Vorlage: VI/2016/02191
 - 13.7. Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Laden von Handys und Tablets im öffentlichen Nahverkehr
Vorlage: VI/2016/02193
 - 13.8. Anregung Herr Senius zu Kosten der Jugendhilfe
 - 13.9. Anregung Frau Krimmling-Schoeffler zur Initiative zur Förderung einer Personalstelle zur Koordination und Umsetzung entwicklungspolitischen Engagements in Kommunen
 - 13.10. Anregung Herr Scholtyssek zur Dieselstraße
 - 13.11. Anregung Frau Ranft zu Fahrkarten der HAVAG/OBS
 - 13.12. Anregung Herr Häder zu Anregungen
14. Anträge auf Akteneinsicht
 - 14.1. Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in alle Unterlagen zu Genehmigungsverfahren für das Projekt Golfplatz am Hufeisensee
 - 14.2. Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion MitBÜRGER für Halle -NEUES FORUM in die Unterlagen zum Verkauf der Immobilie Schopenhauerstraße 4, 06114 Halle (Saale)

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 22.06.2016

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 22.06.2016.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 22.06.2016 Vorlage: VI/2016/02246

Herr Lange informierte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 22.06.2016 ausgegangen und somit bekannt gegeben sind.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über die Europäische Metropolregion Mitteldeutschland.

Die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Standortentwicklung erörtert aktuell, wie sich die Metropolregion im Rahmen der EU-Förderung aufstellen kann.

Die Arbeitsgruppe Wissenschaft und Forschung diskutiert die Schwerpunkte Informationstechnologie / Industrie 4.0 und darüber hinaus die Stellungnahmen zur Ansiedlung des Instituts für angewandte Softwareforschung in Sachsen sowie zum sächsischen Hochschulentwicklungsplan.

Die Arbeitsgruppe Demographie und Ausbildung führt eine Jahreskonferenz 2016 mit den Themen Demographie und ihre Herausforderung an die Region, unter dem Fokus der aktuellen Zuwanderung als Potential der Region, durch.

Die Arbeitsgruppe Kultur und Tourismus befasst sich mit dem Thema Auftritt auf internationalen Messen. Die touristische Radwegevernetzung und die Gewässerlandschaft Mitteldeutschland spielen ebenfalls eine Rolle.

Im Wesentlichen geht es in der Arbeitsgruppe Verkehr und Mobilität um die Weiterarbeit am SPV-Konzept im Bereich des Personenverkehrs. Diskutiert werden zudem die Themen touristischer Radverkehr sowie Alltagsradverkehr. In Prüfung befindet sich momentan, ob die Gruppe zum „Internationalen Transportforum 2017“ präsent sein wird.

Die sechste Arbeitsgruppe, Strategie und Kommunikation, berät über die Einrichtung einer EMMD-Regionalgeschäftsstelle und EMMD-Gemeinschaftsstände auf Messen. Der strukturelle Wandel der Region dient als Basis für innovative Projekte. Aktuell werden Vorschläge erarbeitet, wie KMU und Städte unterhalb der Mittelzentren in die EMMD eingebunden werden können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand hob zwei Projektgruppen hervor. Einmal die Projektgruppe Innovation im Revier. Hier geht es um Standortfragen im Zusammenhang mit der stofflichen Weiterverarbeitung der Braunkohle. Diese Arbeitsgruppe wird geleitet von Herrn Professor Dr. Berkner und Herrn Professor Dr. Brockmeier.

Die zweite Projektgruppe ist die Projektgruppe Elektromobilität, welche in die vorhandene „AG Verkehr und Mobilität“ eingebettet ist. Hierbei gibt es eine offene Teilnehmerstruktur unabhängig von der EMMD-Mitgliedschaft mit autonom zu besetzender Projektgruppenleitung. Als Kandidaten wurden Herr Lingk aus Leipzig und Herr Kolbert aus Halle (Saale) vorgeschlagen. Ziel ist der intelligente und flächendeckende Ausbau der Ladeinfrastruktur, mit einem möglichst einheitlichen Bezahl- und Abrechnungssystem. Die E-Mobilität soll in intermodulare Mobilitätskonzepte eingebunden werden und ein übergreifendes Kommunikationskonzept soll entwickelt werden.

Weiter informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über künftige wichtige Vorlagen für den Stadtrat. Bei der ersten Vorlage handelt es sich um das Investitionsprogramm Bildung. Es wurde eine Objektauswahl getroffen nach sachlichen Kriterien wie Prognose der Kinderzahlen, Bauzustand, Brandschutz, Barrierefreiheit, Förderfähigkeit und Energieeffizienz. Dabei wurden die entsprechenden Schulsanierungen über das Stadtgebiet geprüft und alle Schulformen ebenfalls untersucht. Im Vorschlag der Verwaltung handelt es sich um 17 Grundschulen, 5 Sekundar-, Gemeinschafts- und Förderschulen, 4 Gymnasien und Gesamtschulen und 6 Berufsschulen. Der Schwerpunkt des Kita-Neubaus wird die Innenstadt sein.

Eine Investitionssumme ist in Höhe von 171,9 Millionen Euro für die Jahre 2016 bis 2022 geplant. 2016 sind davon 26 Millionen Euro bereits im Haushalt abgesichert und genehmigt. 2017 bis 2022 sind 145,8 Millionen, die sich zusammensetzen aus der EU-Förderung des Landes aus dem STARK III Programm in Höhe von 54,5 Millionen, dazu korrespondierend eine Förderung der Investitionsbank ebenfalls in Höhe von 54,5 Millionen Euro. Hinzu kommt die genehmigte Darlehensaufnahme der Stadt in Höhe von 13 Millionen Euro. Des Weiteren möchte die Stadt Eigenmittel aus Veräußerungen in Höhe von 23,8 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Die Finanzierung steht selbstverständlich unter dem Vorbehalt der STARK III Richtlinien. Die Stadt erwartet eine verbindliche Zusage des Landes.

Zur zweiten Vorlage erläuterte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass es sich um die Fragestellung der Kulturhauptstadt Europas handelt. Im September 2016 soll eine Beschlussvorlage zum Titel „Kulturhauptstadt Europas 2025“ vorgelegt werden. Auf dieser Grundlage kann der Stadtrat entscheiden, ob dieser den Oberbürgermeister beauftragt, ein Grobkonzept zu erstellen.

Im Falle eines positiven Votums, wird die Verwaltung dem Stadtrat ein Grobkonzept bis zur Sitzung im Februar 2017 vorlegen. Erst dann, soll endgültig über die Bewerbung entschieden werden. Der Zeitrahmen ist angemessen, da eine Ausschreibung bislang noch nicht erfolgt ist. Dieses Thema war am 30.08.2016 auch auf der Tagesordnung des Vorstandes der Europäischen Metropolregion. Im Ergebnis ist die Europäische Metropolregion stolz, wenn sich Mitglieder um den Titel Kulturhauptstadt Europas bewerben wollen. Die Europäische Metropolregion hat deutlich erklärt, dass sie dieses Vorhaben unterstützen würde. In den Antragsvoraussetzungen heißt es, dass Städte auch umliegende Regionen einbeziehen können. Die Entscheidung über eine Bewerbung liegt zunächst bei den Städten. Als nächstes wird dieses Thema in der Arbeitsgruppe Kultur und Tourismus beraten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies auf folgenden Termin hin: Am 05.09.2016, 18:00 Uhr, findet die Zukunftswerkstatt Südpark für Anwohnerinnen und Anwohner in der Schulturnhalle in der Offenbachstraße statt. Aktuelle Vorhaben zu den Themen Wohnen, Sicherheit, Bildung und Freizeit sollen dabei vorgestellt werden.

Weiter berichtete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über das Frühstück mit den Olympiateilnehmern und Olympiateilnehmerinnen aus Halle, welches am 26.08.2016 stattfand. Im Namen der Stadt und der Stadträte habe man sich für die erbrachten Leistungen in Rio bedankt.

Zur Zukunftsstadt Halle-Neustadt sagte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass eine Jury aus Experten die Stadt Halle und 19 andere Kommunen für die 2. Wettbewerbsphase ausgewählt hat. Beteiligt waren in der ersten Phase 51 ausgewählte Kommunen. Ziel war es, mit diesem Wettbewerb die kreativen Ideen aus der Forschung mit den lokalen Bedürfnissen in den Städten zusammenzubringen. Die Wissenschaft ermöglicht den Menschen enorme Chancen, ihre Ideen für ein gutes Leben in den Städten zu verwirklichen. Die überzeugendsten Vorschläge werden in der aktuellen zweiten Phase des Wettbewerbes zu Plänen ausgearbeitet, die ab 2018 realisiert werden können. Die Kommunen erhalten dafür jeweils bis zu 200.000 Euro. Im Mittelpunkt des halleischen Wettbewerbsbeitrages steht der Stadtteil Halle-Neustadt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erläuterte, dass die Verwaltung intensiv an dem Ziel einer bilingualen/internationalen Schule arbeite, da viele Unternehmen diese fordern.

Abschließend informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über einen neuen Optionsvertrag mit der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH und der Schaeffler-Gruppe. Der Unternehmensbereich Aftermarket dieser Gruppe ist weltweit im Automotive-Ersatzteilmarkt vertreten. Die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH hat Schaeffler ein Angebot zum Abschluss eines Grundstückskaufvertrages unterbreitet, welches notariell beurkundet wurde. Die Errichtung eines zentralen Logistik- und Montagezentrums soll dabei das Ziel sein. Dem notariell beurkundeten Angebot ist ein Kaufvertrag mit einem Volumen von 3,65 Millionen Euro beigefügt. Dieser Vertrag würde mit notarieller Zustimmung von Schaeffler zustande kommen. Entsprechende Optionsverträge möchte Schaeffler auch mit anderen Kommunen abschließen.

zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Krause nahm Bezug zur Thematik Europäische Metropolregion Mitteldeutschland. Er fragte, ob einmal jährlich über die Aktivitäten in der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland berichtet werden könnte.

Zum Investitionsprogramm Bildung fragte er, wann eine entsprechende Vorlage von der Verwaltung vorgelegt wird.

Frau Brederlow erklärte, dass es zwei entsprechende Vorlagen geben wird. Das Investitionsprogramm Bildung spiegelt sich im Haushaltsplan wider, speziell bei den Bauinvestitionen. Eine weitere Vorlage zum Prioritätenbedarf an Schulen ist derzeit in der Endabstimmung. Vorgesehen ist eine Einbringung im Oktober.

zu 7 Beschlussvorlagen

zu 7.1 Jahresabschluss 2015 der Zoologischer Garten Halle GmbH Vorlage: VI/2016/02096

Es gab keine Wortmeldungen, so dass **Herr Lange** um Abstimmung bat.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Einzelpunkt abstimmung	
	Pkt. 1-3	einstimmig zugestimmt
	Pkt. 4	einstimmig zugestimmt

Mitwirkungsverbot gemäß §33 KVG LSA für den Beschlusspunkt 4

*Dr. Bernd Wiegand
Bernhard Bönisch
Frank Sänger
Katja Müller
Klaus Hopfgarten*

Beschluss:

Der gesetzliche Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Zoologischer Garten Halle GmbH vorgelegte, von der ECOVIS Wirtschaftstreuhand GmbH geprüfte und am 29. April 2016 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2015 wird festgestellt.
Der Jahresüberschuss beträgt 236.420,79 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt 23.323.583,35 EUR.
2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 236.420,79 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Dem Geschäftsführer, Herrn Andreas Jacob, wird für die Zeit vom 01.01.2015 bis zum 24.04.2015 Entlastung erteilt.
Dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Dennis Müller, wird für die Zeit vom 25.04.2015 bis zum 31.12.2015 Entlastung erteilt.
4. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt

zu 7.2 Jahresabschluss 2015 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH Vorlage: VI/2016/02100

Es gab keine Wortmeldungen, so dass **Herr Lange** um Abstimmung bat.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Einzelpunkt abstimmung	
	Pkt. 1-3	einstimmig zugestimmt
	Pkt. 4	einstimmig zugestimmt

Mitwirkungsverbot gemäß §33 KVG LSA für den Beschlusspunkt 4

Dr. Bernd Wiegand
André Cierpinski
Michael Sprung
Elisabeth Nagel
Katharina Hintz
Marko Rupsch

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Oberbürgermeisters als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vom 27.06.2016:

1. Der von der Geschäftsführung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2015 wird, in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Henschke und Partner mbB geprüften und am 29.04.2016 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	1.280,00 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	200.118,37 EUR.

2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 1.280,00 EUR wird in die Kapitalrücklage eingestellt.
3. Dem Geschäftsführer der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH, Herrn Dieter Götte, wird für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt.
4. Dem Aufsichtsrat der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH wird für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt.

**zu 7.3 Jahresabschluss 2015 der Stadtwerke Halle GmbH und Konzernabschluss
Vorlage: VI/2016/02123**

Es gab keine Wortmeldungen, so dass **Herr Lange** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunkt abstimmung

Pkt. 1-3	einstimmig zugestimmt
Pkt. 4	einstimmig zugestimmt

Mitwirkungsverbot gemäß §33 KVG LSA für den Beschlusspunkt 4

Dr. Bernd Wiegand
Eberhard Doege
Andreas Scholtyssek
Dr. Bodo Meerheim
Elisabeth Nagel
Johannes Krause
Dr. Inés Brock

Tom Wolter

Beschluss:

Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Halle GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG geprüfte und am 15. April 2016 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2015 mit

Bilanzsumme	EUR	339.864.393,20
-------------	-----	----------------

Jahresüberschuss	EUR	12.587.680,73
------------------	-----	---------------

wird festgestellt.

2. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2015 in Höhe von 12.587.680,73 EUR wird in die Gewinnrücklage eingestellt.

3. Der von der Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG geprüfte und am 29. April 2016 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2015 mit

Bilanzsumme	EUR	1.269.018.128,91
-------------	-----	------------------

Konzern-Bilanzgewinn	EUR	0,00
----------------------	-----	------

wird festgestellt.

4. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2015 entlastet.

**zu 7.4 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VI/2016/02132**

Es gab keine Wortmeldungen, so dass **Herr Lange** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2016 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.36501 Immobilienbewirtschaftung (HHPL Seite 1180)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 730.749 EUR.

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 16_4-510_2 Jugend (HHPL Seite 1184)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von 730.749 EUR.

Zu I.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus dem Produkt:

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL Seite 1180)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 730.749 EUR.

Zu II.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus der Finanzstelle:

16_4-510_2 Jugend (HHPL Seite 1184)
Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 730.749 EUR

**zu 7.5 Baubeschlussänderung sowie Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung und einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im Fachbereich Bildung für das Vorhaben „Kindertagesstätte Schimmelstraße“
Vorlage: VI/2016/02136**

Es gab keine Wortmeldungen, so dass **Herr Lange** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I.) Der Stadtrat ändert den Beschluss V/2012/11325 (Baubeschluss zum Neubau der Kindertagesstätte Schimmelstraße 7 mit Mitteln des Programms STARK III – Modellvorhaben).
Satz 2 wird ersetzt durch:

Der Stadtrat beschließt die Ausführung des Ersatzneubaus einer Kindertagesstätte in der Schimmelstraße 7. Die Realisierung erfolgt durch Fördermittel aus dem Bundesprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung 2015 - 2018" und durch Eigenmittel.

II.) Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Auszahlung für die Bezuschussung der Errichtung der Kindertagesstätte Schimmelstraße im Haushaltsjahr 2016 (Finanzhaushalt) in Höhe von 1.122.100 EUR.

Finanzstelle 16_4_510 FB Bildung
8.36501013 Kita Schimmelstraße
Finanzpositionsgruppe 781 Auszahlungen für Zuwendungen für Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 1.122.100 EUR

Die Deckung erfolgt aus folgenden Finanzstellen:

Finanzstelle 16_4_510 FB Bildung
8.36501013 Kita Schimmelstraße
Finanzpositionsgruppe 681 Zuweisungen vom Land in Höhe von 237.800 EUR

Finanzstelle 16_4_510 FB Bildung (HHPL Seite 1192)
8.36501011 Kita – 300 Plätze Neubau/Erweiterung
Finanzpositionsgruppe 785 Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 884.300 EUR

III.) Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für die Bezuschussung der Errichtung der Kindertagesstätte Schimmelstraße im Haushaltsjahr 2016 (Finanzhaushalt) in Höhe von 2.699.500 EUR.

Finanzstelle 16_4_510 FB Bildung
8.36501013 Kita Schimmelstraße
Finanzpositionsgruppe 781 Auszahlungen für Zuwendungen für Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 2.699.500 EUR

Die Deckung der Verpflichtungsermächtigung erfolgt aus folgenden Finanzstellen:

Finanzstelle 16_4_510 FB Bildung (HHPL Seiten 1126 und 1293)
8.22101013 Förderschulzentrum C.-Schorlemmer-Ring 62/64
Finanzpositionsgruppe 785 Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 2.699.500 EUR

**zu 7.6 Widmung eines Teilstücks der Willi-Brundert-Straße (westlicher Teil)
Vorlage: VI/2016/02036**

Es gab keine Wortmeldungen, so dass **Herr Lange** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, die Widmung eines Teilstücks der Willi-Brundert-Straße (westlicher Teil) zur Gemeindestraße zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

**zu 7.7 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2016/02284**

Es gab keine Wortmeldungen, so dass **Herr Lange** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme von nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen

Zuwendungen

1. Sponsoringvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale) und der VITASERV AG, Magdeburger Str. 36, 061120 Halle (Saale) zur Übernahme der Betriebs- und Unterhaltungskosten für das Wasserspiel am Hansering bis zu einem Höchstbetrag von 2.000 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer (Produkt 1.155105 - Wasserspielanlagen)
2. Sachspende von der Firma Holz-Goethe UG in Höhe von 2.045,15 Euro für den Schulgartenunterricht der Grundschule Am Ludwigsfeld (Produkt 1.21101.07 – Grundschule Am Ludwigsfeld)

zu 8 **Wiedervorlage**

zu 8.1 **Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und der CDU/FDP-Fraktion zur frühzeitigen Beteiligung des Stadtrates an Planungsprozessen** **Vorlage: VI/2016/01824**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat wird in die Vorbereitung von Planungsprozessen städtischer Hoch- und Tiefbaumaßnahmen frühzeitig mit einbezogen. Als Orientierung für den Zeitpunkt der Beteiligung vor Ausarbeitung und Vorlage konkreter Ausführungsplanungen dienen die Leistungsphasen der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), insbesondere die Leistungsphase der Grundlagenermittlung.
 1. Flächennutzungsplanungen:
 - Leistungsphase 1 (Vorentwurf für die frühzeitigen Beteiligungen, § 18 HOAI)
 2. Bebauungsplanungen:
 - Leistungsphase 1 (Vorentwurf für die frühzeitigen Beteiligungen, § 19 HOAI)
 3. Landschaftsplanungen:
 - Leistungsphase 2 (Ermittlung von Planungsgrundlagen, § 23 HOAI)
 4. Objektplanungen:
 - Leistungsphase 2 (Vorplanung für Gebäude und Innenräume, § 34 HOAI)
 5. Verkehrsanlagen
 - Leistungsphase 1 (Grundlagenermittlung, § 47 HOAI)
 - Leistungsphase 2 (Vorplanung, § 47 HOAI, insbesondere unter Beachtung der Anlage 13 zu § 47 Absatz 2 LPH 2 Vorplanung Punkt e), wo die Erarbeitung eines Planungskonzeptes einschließlich Untersuchung von bis zu 3 Varianten definiert wird)
2. Der konkrete Termin der jeweiligen Planung ist dem Stadtrat im Rahmen der Haushaltsplanung jährlich im Voraus vorzulegen.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung eines Gehweg, Radweg und Straßenzustandsberichtes Vorlage: VI/2016/02242

Es gab keine Wortmeldungen, so dass **Herr Lange** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
31 Ja-Stimmen
15 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Beschluss:

Der Stadt wird beauftragt, erstmals im IV. Quartal 2016, dann jährlich zum 31.09. der Öffentlichkeit und dem Rat einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

Diesem Bericht ist als Anlage eine jeweils fortgeschriebene Tabelle beizufügen, in dem sämtliche Gehwege, Radwege und Straßen aufgeführt sind.

Die Tabelle beinhaltet mindestens die folgenden Angaben zu den jeweiligen Werken:

- letzte Sanierungs- und Wartungsmaßnahme
- nächste Sanierungs- und Wartungsmaßnahme
- Zustand z.B. nach Schulnoten
- dokumentiere Winterschäden ja/nein
- Haushaltsmittel für ggf. erforderliche Sanierung oder Wartung im aktuellen HH eingestellt
- Haushaltsmittel für ggf. erforderliche Sanierung oder Wartung im nächsten HH eingeplant
- Bemerkungen

zu 9.2 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zum Tag der Ersten Hilfe Vorlage: VI/2016/02243

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

2016 findet der internationale Tag der Ersten Hilfe am 10. September statt. Hilfsorganisationen werben bundesweit dafür, Erste-Hilfe-Kenntnisse in der Gesellschaft zu verankern und zu vertiefen.

Der Stadtrat beschließt das Folgende:

1. Auf stattfindende Veranstaltung im Jahr 2016 wird in geeigneter Form im Amtsblatt und auf der Homepage der Stadt hingewiesen. Die Verwaltung soll die lokalen Akteure aktiv begleiten und unterstützen.
2. Ab 2017 soll der Tag der Ersten Hilfe offiziell im Rahmen einer ganztägigen Veranstaltung von der Stadtverwaltung begleitet werden.
3. Dazu legt die Verwaltung dem Rat bis zum Januar 2017 ein Konzept vor.

**zu 9.3 Antrag der Stadträte Christoph Bernstiel und Andreas Scholtyssek (beide CDU/FDP-Fraktion) zur Gründung eines Runden Tisches „motorisierter Individualverkehr“
Vorlage: VI/2016/02241**

Herr Bernstiel verdeutlichte einleitend die Intension des Antrages. Ziel ist mit externen Fachbeauftragten in Form der Gründung eines Runden Tisches ins Gespräch und in den Austausch zu kommen.

In der Vergangenheit gab es mehrfach die Situation, dass im Nachgang eines gefassten Beschlusses Institutionen und Verbände Kritik an den Beschlüssen des Stadtrates äußerten und Missstände aufzeigten. Orientierend am Runden Tisch Radverkehr soll nun ein Runder Tisch „motorisierten Individualverkehr „ gegründet werden. Als Akteure kämen IHK, ADAC, Citygemeinschaft und weitere für Pendler sprechende Einrichtungen in Betracht. Gern kann diese Thematik in den verschiedenen Fachausschüssen diskutiert werden.

Herr Stäglin begrüßte eine weitere Diskussion zur Thematik in den Fachausschüssen.

Herr Feigl sprach sich im Namen seiner Fraktion gegen den Antrag aus.

Herr Eigendorf stellte in Frage, ob die Gründung eines Runden Tisches wirklich zum Ergebnis führt, da diese Institution keinerlei Entscheidungsbefugnis hätte, sondern ausschließlich eine beratende Funktion. Es wäre zielführender, die Akteure zur Diskussion in den Planungsausschuss einzuladen, um dort die Diskussion zu führen. Aus diesem Grund könne die SPD-Fraktion dem Antrag nicht folgen.

Herr Bönisch betonte, dass alle Verkehrsformen wichtig sind und nicht nur allein der Radverkehr. Im Namen der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) verwies er den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung.

Abstimmungsergebnis:**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/ FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
und
Ausschuss für Stadtentwicklung

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Gründung eines Runden Tisches „motorisierter Individualverkehr“.
2. Der Runde Tisch soll vorrangig zur Situation des motorisierten Individualverkehrs in der Stadt Halle (Saale) beraten. ~~Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, ein Gremium, in dem Akteure aus verschiedenen Behörden, Institutionen, politischen Gruppierungen, Vereinen und der Privatwirtschaft u.a. zur Situation des motorisierten Individualverkehrs in der Stadt Halle (Saale) beraten.~~
3. Dazu soll die Verwaltung dem Rat eine nicht geschlossene Teilnehmerliste¹ vorschlagen und das Gremium noch in 2016 erstmalig einberufen. Ab 2017 soll der Runde Tisch dann mindestens zwei Mal im Kalenderjahr und zusätzlich bei Bedarf zusammenkommen.

**zu 9.4 Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU/FDP-Fraktion) zur Beschaffung eines mobilen Schlauchbootes
Vorlage: VI/2016/02218**

Herr Schachtschneider brachte den Antrag im Namen der Fraktion ein. Er regte in diesem Zusammenhang an, eine Diskussion im zuständigen Ausschuss bereits im September zu führen und nicht erst im Oktober.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Herr Helmich regte an, die Thematik nicht nur speziell für die Ereignisse im Gewässer Heidesee zu erörtern und anzugehen, sondern in einem größeren Rahmen, vor allem unter Betrachtung aller Ressourcen.

Auch **Frau Krischok** sprach sich für eine weitergehende Betrachtung der Wasserrettung in Gänze aus.

Abstimmungsergebnis:**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt unverzüglich ein mobiles Schlauchboot mit Motor anzuschaffen, dass bei der Freiwilligen Feuerwehr Nietleben stationiert wird.

zu 9.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Realisierung von Kunst im öffentlichen Raum Vorlage: VI/2016/02177

Herr Bartsch reflektierte einfühend über eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Februar 2016 zur Thematik Aufstellung eingelagerter Kunstwerke in der Stadt Halle (Saale). Die damalige Antwort der Verwaltung schlug die Aufstellung einer Plastik vor. Ziel des nun einbringenden Antrages ist die Konkretisierung und Terminsetzung dieser Zusage.

Frau Dr. Marquardt schlug eine entsprechende Umsetzung bis Dezember 2016 vor.

Frau Dr. Bergner verwies den Antrag im Namen der Fraktion unter der Prämisse in den Kulturausschuss, den ersten Punkt des Antrages als erledigt zu betrachten und allein Punkt 2 im Ausschuss diskutieren zu wollen.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/ FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Kulturausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung legt dem Stadtrat bis Oktober 2016 einen Vorschlag zum Standort und den Kosten für die Aufstellung der Plastik „Eva“ (Große Stehende) von Marianne Traub vor. Die Plastik soll vorzugsweise in Halle-Neustadt aufgestellt werden.
2. Die Verwaltung legt dem Stadtrat bis Dezember 2016 ein inhaltliches Konzept für Kunst im öffentlichen Raum in der Stadt Halle (Saale) zum Beschluss vor, in dem passende Standorte sowie mögliche Objekte und Kunstformen konkret benannt werden.

zu 9.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Installation weiterer Fahrradbügel auf dem Markt Vorlage: VI/2016/02176

zu 9.6.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Installation weiterer Fahrradbügel auf dem Markt Vorlage: VI/2016/02293

Herr Dr. Meerheim erklärte zu Beginn im Namen der Fraktion den Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu übernehmen.

Frau Plath brachte den Antrag ein und bat um Unterstützung.

Herr Stäglin regte unter Betrachtung des nun erweiterten Antrages an, im nächsten Ausschuss für Planungsangelegenheiten in Form einer Mitteilung über die bereits angestrebten Ziele und Initiativen der Verwaltung berichten zu wollen.

Frau Plath verwies den Antrag zur weiteren Diskussion in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

**zu 9.6.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Installation weiterer Fahrradbügel auf dem Markt
Vorlage: VI/2016/02293**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Auf dem Markplatz werden bis zum Juni 2017 weitere Fahrradbügel installiert.
2. Die Verwaltung legt dem Stadtrat im Oktober 2016 dazu einen Gestaltungsentwurf zum Beschluss vor, in dem Anzahl, Standort und Finanzierung der Fahrradbügel dargestellt werden.
3. **Ferner wird die Verwaltung beauftragt, die Anschaffung mobiler Fahrradabstellanlagen in ausreichender Zahl zu prüfen, sodass diese bei Bedarf, z. B. bei Großveranstaltungen, eingesetzt werden können.**
4. **Zum Beschlusspunkt 3 sind dem Stadtrat die Kosten und mögliche Standorte darzustellen.**

**zu 9.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Installation weiterer Fahrradbügel auf dem Markt
Vorlage: VI/2016/02176**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

1. Auf dem Markplatz werden bis zum Juni 2017 weitere Fahrradbügel installiert.
2. Die Verwaltung legt dem Stadtrat im Oktober 2016 dazu einen Gestaltungsentwurf zum Beschluss vor, in dem Anzahl, Standort und Finanzierung der Fahrradbügel dargestellt werden.

3. **Ferner wird die Verwaltung beauftragt, die Anschaffung mobiler Fahrradabstellanlagen in ausreichender Zahl zu prüfen, sodass diese bei Bedarf, z. B. bei Großveranstaltungen, eingesetzt werden können.**
4. **Zum Beschlusspunkt 3 sind dem Stadtrat die Kosten und mögliche Standorte darzustellen.**

**zu 9.7 Antrag der SPD-Fraktion zur Anpassung der Sportförderrichtlinie
Vorlage: VI/2016/02195**

Herr Borggrefe erklärte, dass mit dem Antrag das Ziel verfolgt wird, dass der im Stadtrat Juni gefasste Beschluss zur Sportförderrichtlinie nun umgesetzt wird.

Herr Wolter verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Sportausschuss.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
in den
Sportausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Richtlinie für die Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale) auf Basis des am 22.06.2016 beschlossenen Sportprogramms anzupassen.
2. Die angepasste Richtlinie ist dem Stadtrat bis zur Stadtratssitzung am 14.12.2016 zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 9.8 Antrag der SPD-Fraktion zur Erstellung einer Broschüre zur Vorstellung der kommunalpolitischen Akteure und der Arbeitsweise des Stadtrates in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02196**

Herr Eigendorf brachte den Antrag ein.

Frau Müller sprach sich in Namen der Fraktion DIE LINKE klar gegen den Antrag aus. Alle Informationen sind online auf der Internetseite der Stadt Halle (Saale) sowie auf den jeweiligen Internetseiten der Fraktionen vorhanden und abrufbar.

Frau Dr. Brock verdeutlichte, dass eine derartige Broschüre sehr zielführend wäre, gerade für die Bürgerinnen und Bürger, die nicht vorrangig mit den Internetmedien vertraut sind. Eine klare, überschaubare und nachvollziehbare Broschüre wäre sehr wünschenswert.

Herr Bernstiel merkte an, dass die CDU/FPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) eine derartige Broschüre aufzeigen kann. Ob eine solche Broschüre zur besseren Transparenz beiträgt sei fragwürdig.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Erstellung einer Broschüre zur Vorstellung der kommunalpolitischen Akteure und der Arbeitsweise des Stadtrates in der Stadt Halle (Saale) zu prüfen. Hauptinhalte dieser Broschüre sollen nach dem Vorbild der Veröffentlichung "Der Karlsruher Gemeinderat – 19. Wahlperiode 2014-2019" der Stadt Karlsruhe die Vorstellung der Mitglieder des Stadtrates, die Vorstellung des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten mitsamt Zuständigkeiten und die Aufklärung über die Arbeit von Ausschüssen, Aufsichtsgremien und des Stadtrates sein.
2. Zur Abstimmung über die detaillierten Inhalte und die Gestaltung der Broschüre wird eine Arbeitsgruppe aus Vertretern von Verwaltung und Fraktionen eingesetzt.
3. Die Fertigstellung der Broschüre ist bis zum 30. Juni 2017 anzustreben.

zu 9.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verkauf des Grundstücks Schopenhauerstraße 4
Vorlage: VI/2016/02215

Herr Feigl brachte den Antrag im Namen der Fraktion ein.

Herr Krause merkte an, den Antrag gern in den Finanzausschuss verweisen zu wollen. Bedingung sei allerdings, dass die benannte Frist außer Acht gelassen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, die Frist aufschieben zu können. Das Verfahren lief weiter, aber die Auswertung des Ausschreibungsverfahrens würde erst nach einer Beratung im Fachausschuss erfolgen.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle verkauft das Grundstück Schopenhauer Straße 4 – ehemaliges Jugendamt - unter der Voraussetzung, dass der schützenswerte Baumbestand im Grundstücksbereich erhalten und bei der Anlage von PKW-Stellplätzen im Hofbereich Berücksichtigung findet. Die Zufahrt zum Grundstück erfolgt weiterhin über die bestehende Tordurchfahrt in der Schleiermacherstraße.

**zu 9.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der städtischen Förderrichtlinien in den Bereichen Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung
Vorlage: VI/2016/02213**

Nach Einbringung des Antrages durch **Frau Dr. Brock** verwies **Herr Bönisch** den Antrag im Namen der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) in den Finanzausschuss.

Herr Wolter wies darauf hin, dass sich ein Großteil der Antragsfristen auf den 30.09. beläuft. Dies sollte bei der Beratung im Finanzausschuss bedacht werden. Mitunter ist eine Behandlung als Dinglichkeit erforderlich.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die städtischen Richtlinien zur Förderung von Projekten und Maßnahmen in den Bereichen Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung dahingehend abzuändern, dass eine Anpassung der Regelungen zur Anerkennung von Eigenarbeitsleistungen als zuwendungsfähige Ausgaben vorgenommen wird. Orientiert werden soll sich dabei an den Regelungen des sog. Zuwendungsrechtsergänzungserlass des Ministeriums für Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt vom 06.06.2016, der je erforderlicher beruflicher Qualifikation Pauschalwerte für eine Anerkennung von bis zu 15 Euro pro Stunde vorsieht. Vorschläge für Änderungen der Richtlinien sind dem Stadtrat bis zum 23.11.2016 zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 9.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung von Ausschüssen des Stadtrates
Vorlage: VI/2016/02181**

Es gab keine Wortmeldungen, so dass **Herr Lange** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Herr Stadtrat Wolfgang Aldag scheidet als bisheriges Mitglied im Ausschuss für Finanzen, städtische beteiligungsverwaltung und Liegenschaften aus. Der Stadtrat entsendet Frau Stadträtin Dr. Inés Brock in den Ausschuss für Finanzen, städtische beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.
2. Herr Stadtrat Dennis Hellmich scheidet als bisheriges Mitglied im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL, HOAI und VOF aus. Der Stadtrat entsendet Herrn Stadtrat Wolfgang Aldag in den Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL, HOAI und VOF.

3. Herr Stadtrat Wolfgang Aldag scheidet als bisheriges Mitglied im Ausschuss für Personalangelegenheiten aus. Der Stadtrat entsendet Herrn Stadtrat Marko Rupsch in den Ausschuss für Personalangelegenheiten.
4. Frau Stadträtin Melanie Ranft scheidet als bisheriges Mitglied im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss aus. Der Stadtrat entsendet Herrn Stadtrat Dennis Helmich in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.
5. Herr Stadtrat Wolfgang Aldag scheidet als bisheriges Mitglied im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung aus. Der Stadtrat entsendet Herrn Stadtrat Marko Rupsch in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.
6. Der Stadtrat entsendet Herrn Stadtrat Wolfgang Aldag als Mitglied in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.
7. Der Stadtrat entsendet Herrn Stadtrat Marko Rupsch als Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss.

**zu 9.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH
Vorlage: VI/2016/02188**

Es gab keine Wortmeldungen, so dass **Herr Lange** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) widerruft die Entsendung von Herrn Sebastian Kranich in der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH.
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) entsendet Herrn Marko Rupsch in den Aufsichtsrat der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Maßnahmen einzuleiten.

**zu 9.13 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der Zoologische Garten Halle GmbH
Vorlage: VI/2016/02192**

Es gab keine Wortmeldungen, so dass **Herr Lange** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) widerruft die Entsendung von Frau Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt in der Zoologische Garten Halle GmbH.
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) entsendet Herrn Dennis Helmich in den Aufsichtsrat der Zoologische Garten Halle GmbH.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Maßnahmen einzuleiten.

**zu 9.14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbesetzung eines Mitgliedes im Betriebsausschuss Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: VI/2016/02182**

Es gab keine Wortmeldungen, so dass **Herr Lange** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat entsendet Frau Stadträtin Dr. Inés Brock als Mitglied in den Betriebsausschuss Eigenbetrieb Kindertagesstätten.

**zu 9.15 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wahl eines Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: VI/2016/02184**

Herr Lange wies darauf hin, dass die Wahl offen durchgeführt werden kann, sollte dem kein Stadtratsmitglied widersprechen. Dies war nicht der Fall, so dass **Herr Lange** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: mit der Mehrheit der anwesenden Mitgliedern gewählt

Beschluss:

Der Stadtrat wählt an Stelle von Frau Dr. Inés Brock Frau Melanie Ranft als stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss der Stadt Halle (Saale).

**zu 9.16 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: VI/2016/02194**

Es gab keine Wortmeldungen, so dass **Herr Lange** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Herr Levin Velt wird als sachkundiger Einwohner in den Rechnungsprüfungsausschuss berufen.

**zu 9.17 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur
Sicherstellung einer kinderärztlichen Versorgung im Stadtteil Heide-Nord
Vorlage: VI/2016/02183**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass zeitnah eine kinderärztliche Versorgung im Stadtteil Heide-Nord sichergestellt werden kann. Der Oberbürgermeister informiert die Mitglieder des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses in der Sitzung am 13.10.2016 über die ergriffenen Maßnahmen.

**zu 9.18 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Umgang
mit Investorenanfragen
Vorlage: VI/2016/02185**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Hauptausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusses der Vorlage VI/2016/01649 „Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE zum Umgang mit Investorenanfragen“.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften über Interessensbekundungen privater Akteure mit einer voraussichtlichen Investitionssumme von über 5 Mio. Euro unverzüglich für den Fall in Kenntnis zu setzen, dass die Stadtverwaltung beabsichtigt, keine weiteren Verhandlungen mit einem potentiellen Investor oben genannter Größenordnung aufzunehmen oder aufgenommene Verhandlungen zu beenden bzw. durch den jeweiligen Prozessbevollmächtigten einer städtischen Gesellschaft beenden zu lassen. Hierzu bedarf es einer ausdrücklichen Ermächtigung qua Beschluss durch den benannten Ausschuss.

zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 10.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Personalstunden in halleschen
Betreuungseinrichtungen
Vorlage: VI/2016/02207**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.2 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Warn- und Informationssystem
KATWARN
Vorlage: VI/2016/02220**

Herr Scholtyssek merkte an, dass die Antwort der Verwaltung hinsichtlich der Kosten für das Warn- und Informationssystem KATWARN nicht stimmt. Vom Bundesamt für Bevölkerungs- und Katastrophenschutz gibt es ein modulares Warnsystem (MoWaS) und die dazugehörige App NINA, welche kostenfrei zur Verfügung steht. Dieses System könnte auch durch die Stadt Halle (Saale) genutzt werden und wäre zudem kostenfrei nutzbar. Insofern merkte er an, die Thematik im zuständigen Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten diskutieren zu wollen und die Frage, ob die Stadtverwaltung bei ihrer Meinung bleibt oder doch auf die kostengünstigere Variante umsteigen würde.

Frau Ernst erklärte, dass nach Kenntnis der Verwaltung die App NINA nicht kostenfrei zur Verfügung steht.

**zu 10.3 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Verwendung Leistungen nach § 1 Abs. 1
des Gesetzes zur Finanzierung von Investitionen des kommunalen
Straßenbaus
Vorlage: VI/2016/02223**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.4 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Veranstaltung unter freiem Himmel auf öffentlichen Straßen, Plätzen, Märkten, Grünanlagen und Spontanpartys
Vorlage: VI/2016/02224**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.5 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Helfer- und Hochwassertag
Vorlage: VI/2016/02233**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.6 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Beschaffung von Fahrzeugen für den städtischen Fuhrpark
Vorlage: VI/2016/02235**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.7 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Naturschutzbeirat der Stadt Halle
Vorlage: VI/2016/02237**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.8 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zum Vorschlagswesen in der Stadtverwaltung
Vorlage: VI/2016/02238**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.9 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum WLAN im Nahverkehr
Vorlage: VI/2016/02239**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.10 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Baumschutzsatzung
Vorlage: VI/2016/02240**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.11 Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zum Wassertourismuskonzept
Vorlage: VI/2016/02216**

Die Antwort der Verwaltung erfolgt zur Stadtratssitzung September.

**zu 10.12 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zu Überschwemmungen bei Starkregenereignissen
Vorlage: VI/2016/02209**

Die Antwort der Verwaltung erfolgt zur Stadtratssitzung September.

**zu 10.13 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zum Badeverbot am Hufeisensee
Vorlage: VI/2016/02210**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.14 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zum Rettungsdienst
Vorlage: VI/2016/02211**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.15 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zur ÖPNV-Finanzierung
Vorlage: VI/2016/02212**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.16 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Montagsdemos
Vorlage: VI/2016/02178**

Die Antwort der Verwaltung erfolgt zur Stadtratssitzung September.

**zu 10.17 Anfrage der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE) zum Spielplatz im Grünzug in der Silberhöhe
Vorlage: VI/2016/02199**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.18 Anfrage des Stadtrates Sten Meerheim (Fraktion DIE LINKE) zu
Gemeinschaftsunterkünften
Vorlage: VI/2016/02180**

Die Antwort der Verwaltung erfolgt zur Stadtratssitzung September.

**zu 10.19 Anfrage der SPD-Fraktion zum Wochenmarkt Vogelweide
Vorlage: VI/2016/02197**

Herr Krause brachte sein Unverständnis zur Antwort der Verwaltung auf die Fragen 3 und 4 zum Ausdruck.

Im Weiteren wurde die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

**zu 10.20 Anfrage der SPD-Fraktion zur Erzielung nachträglich verabschiedeter
Einnahmen
Vorlage: VI/2016/02217**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.21 Anfrage SPD-Fraktion zur Unterstützung der Sanierung des
Stadtgottesackers durch Marianne-Witte-Stiftung
Vorlage: VI/2016/02219**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.22 Anfrage der SPD-Fraktion zum Grundstück zwischen Karl-Meseberg-Straße
und Heinrich-Schütz-Straße
Vorlage: VI/2016/02221**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.23 Anfrage der SPD-Fraktion zur Ausstattung hallescher Schulen mit iPads
Vorlage: VI/2016/02225**

Bezugnehmend zur Finanzierung über Spenden fragte **Herr Senius** nach, ob bereits konkrete Spendenangebote vorliegen und das Gesamtprojekt abgedeckt werden kann. Zur Serviceleistung der IT-Consult fragte er nach, ob der Stadt dadurch weitere Kosten entstehen oder ob diese durch die im Rahmen der sonst bestehenden Dienst- und Serviceleistungen gegenüber der Stadt abgedeckt sind.

Frau Ernst erläuterte, dass die Bereitschaft eines Sponsors für alle Schulen vorliegt. Der Stadt werden keine zusätzlichen Kosten durch Serviceleistung im Pilotprojekt entstehen.

Die Antwort der Verwaltung wurde im Weiteren zur Kenntnis genommen.

zu 10.24 Anfrage der SPD-Fraktion zu Bänken an der Grünfläche Theodor-Neubauer-Straße/Merseburger Straße
Vorlage: VI/2016/02226

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.25 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Querung des Franckeplatzes durch Schülerinnen und Schüler
Vorlage: VI/2016/02227

Herr Dr. Wend brachte zum Ausdruck, dass die Regelung zur Querung am Franckeplatz sehr problematisch ist. Er regte an, über Schülerlotsen nachzudenken.

Frau Ernst nahm die Anregung auf und bot Herrn Dr. Wend eine Vernetzung mit der Verkehrswacht mit dem Ziel an, zu Beginn des nächsten Schuljahres mehr ehrenamtliche Schülerlotsen zu akquirieren.

Die Antwort der Verwaltung wurde im Weiteren zur Kenntnis genommen.

zu 10.26 Anfrage der SPD-Fraktion zur Gedenktafel im Stadthaus zu Ehren von Stadtverordneten
Vorlage: VI/2016/02228

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.27 Anfrage der SPD-Fraktion zur Fernwärme
Vorlage: VI/2016/02222

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.28 Anfrage des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion) zur Aufstellung von Bänken im Zentrum von Halle Neustadt
Vorlage: VI/2016/02229

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.29 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Schwimmunterricht in Halle
Vorlage: VI/2016/02198

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.30 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Pflegeinfrastruktur in Halle
Vorlage: VI/2016/02200

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.31 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu verkehrssichernden Maßnahmen am Mühlgraben
Vorlage: VI/2016/02201

Die Antwort der Verwaltung erfolgt zur Stadtratssitzung Oktober.

zu 10.32 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Situation weiblicher Geflüchteter in Halle
Vorlage: VI/2016/02202

Die Antwort der Verwaltung erfolgt zur Stadtratssitzung September.

zu 10.33 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN zum ruhenden Verkehr
Vorlage: VI/2016/02203

Herr Rupsch fragte bezugnehmend zu den in der Studie empfohlenen Maßnahmen zur Verkehrssicherheit nach, ob diese bereits vor 2018 umgesetzt werden.

Herr Stäglin erklärte, dass erst einmal eine Auswertung erfolgen und abgewartet werden muss. Welche Maßnahmen vor 2018 oder erst dann umgesetzt werden, kann derzeit nicht betitelt werden.

Die Antwort der Verwaltung wurde im Weiteren zur Kenntnis genommen.

zu 10.34 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung einer Handlungsanleitung zu ressourcenschonenden Beschaffungskriterien
Vorlage: VI/2016/02205

Die Antwort der Verwaltung wurde im Weiteren zur Kenntnis genommen.

zu 10.35 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wasserentnahme aus dem Hufeisensee zur Bewässerung des Golfplatzes
Vorlage: VI/2016/02206

Herr Aldag fragte nach, wie die Wassermessung erfolgt ist und ob auch eine Kontrolle des Wasserstandes stattgefunden hat.

Die Verwaltung sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 10.36 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Liegewiesen- und Badebereich am Nordwestufer des Hufeisensees sowie der geplanten Brücke
Vorlage: VI/2016/02208

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.37 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur präventiven Begrünung von städtischen Gebäuden
Vorlage: VI/2016/02190

Die Antwort der Verwaltung erfolgt zur Stadtratssitzung Oktober.

zu 10.38 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Bürgerhaushalt 2017
Vorlage: VI/2016/02189

Herr Häder regte an, für die Veranstaltung im Oktober auch die sozialen Medien zu nutzen, um mehr Werbung dafür zu machen.

Die Antwort der Verwaltung wurde im Weiteren zur Kenntnis genommen.

zu 10.39 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Seminaren im Bereich Interkulturelle Kompetenzvermittlung
Vorlage: VI/2016/02187

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 Mitteilungen

zu 11.1 Jahresabschluss 2015 der Stiftung Händel-Haus
Vorlage: VI/2016/02174

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.2 Mitteilung zur Sachspende Mühlbachweg

Herr Stäglin informierte über die Sachspende für den Mühlbachweg. Ein Teil wurde nun als Geldbetrag eingezahlt.

zu 12 mündliche Anfragen von Stadträten

zu 12.1 Herr Wolter zur Hardenbergstraße 23

Herr Wolter fragte nach den Zukunftsplanungen für das Objekt Hardenbergstraße 23. Speziell, ob durch eine Spende eine Überlassung des Objektes vom Eigentümer an die Stadt mit gewisser Zweckbindung für Jugend- und soziokulturelle Zwecke erfolgt war.

Frau Dr. Marquardt erklärte, dass es keine Planungen für das Objekt gibt. Eine Diskussion im Kulturausschuss wäre durchaus denkbar. Im Weiteren sagte sie eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.2 Frau Dr. Brock zur Internationalen Schule

Bezugnehmend zum Bericht des Oberbürgermeisters, International Schule, fragte **Frau Dr. Brock**, ob es weitere Träger gibt, da sie in dem Bericht das Signum eines bayrischen Trägers wahrgenommen habe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass es sich in seinem Bericht um eine beispielhafte Abbildung gehandelt habe.

zu 12.3 Herr Helmich zum Eisdom und zum HFC Leistungszentrum

Herr Helmich fragte nach dem Sachstand der bewilligten Mittel bei der Erweiterung des Eisdoms und zum Ersatzneubau des HFC Leistungszentrums an und inwieweit der Prozess mittlerweile fortgeschritten ist.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass seit Ende Juni die vorläufigen Bescheide für beide Projekte vorliegen. Zunächst erfolgt jetzt die baufachliche Prüfung.

zu 12.4 Herr Schachtschneider zur Schule Gustav-Weidanz-Weg

Herr Schachtschneider informierte, dass die Schüler, die bisweilen im Schülerwohnheim Myrtenweg untergebracht waren nunmehr in den Gebäuden im Gustav-Weidanz-Weg untergebracht sind. Die Ausstattung der Räumlichkeiten ist noch nicht abschließend in Ordnung. Er fragte, wann die zugesagten Ausstattungen erfolgen.

Frau Brederlow bestätigte, dass die momentane Situation nicht zufriedenstellend ist. Derzeit werden alle fehlenden Gegebenheiten, wie die Einrichtung einer Küche, eingeleitet. Es gibt Verzögerungen in der Lieferung und im Einbau. Gegebenenfalls werden Mietnachlässe erfolgen.

zu 12.5 Herr Doege zur Kita Heide-Süd

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

Herr Doege

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, ich habe eine Frage zur Kita Heide-Süd. Also zum Richtfest war als Übergabetermin der August wohl genannt, Ende August. Stand heute beim Vorbeigehen, sieht's überhaupt nicht danach aus. Wie sind denn die Vorstellungen zur Übergabe? Die zeitlichen Vorstellungen?

Herr Lange

Bitte.

Frau Brederlow

Also vorgesehen war damals der November als Übergabetermin. Und es verzögert sich bis Anfang des Jahres, also Januar.

Herr Doege

Aber November ist zumindest zum Richtfest nicht gesagt wurden.

Frau Brederlow

Doch, es war immer November.

Herr Doege

Es war sehr optimistisch mir der August genannt wurden, ich hatte mich extra erkundigt beim Eigenbetriebsvertreter, deshalb. Okay.

-Ende Wortprotokoll-

zu 12.6 Frau Dr. Wünscher zur Moritzburg

Frau Dr. Wünscher fragte nach dem Stand der juristischen Auseinandersetzung um die Mitfinanzierung der Stiftung Moritzburg durch die Stadt. Im Weiteren, ob es neue Verhandlungen und Angebote bei der Landesregierung gibt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass das Land Sachsen-Anhalt die Stadt Halle (Saale) im Hinblick auf Zahlungen von Beiträgen verklagt hat. Wie dargestellt, wurden seit 2006 keine Beträge mehr aus dem Haushalt gezahlt. Es gibt seit den letzten Wochen Diskussionen mit dem zuständigen Staatsminister darüber, wie möglicherweise dieser Streit beigelegt werden kann. Ein Gerichtstermin ist bisweilen noch nicht anberaumt.

zu 12.7 Frau Krischok zum Fachbeitrag Sicherheit und Ordnung

Frau Krischok fragte, wann der Fachbeitrag Sicherheit und Ordnung im ISEK eingearbeitet wird und warum dieser Beitrag nicht auf der Tagesordnung der kommenden Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten steht.

Frau Ernst erklärte, dass der Beitrag fertig erstellt ist und gern zur Verfügung gestellt werden kann.

zu 12.8 Herr Senius zum Förderprogramm Fallmanager

Herr Senius fragte, ob sich die Stadt Halle (Saale) am Förderprogramm, welches Teilhabemanager für Inklusion fördert, beteiligt hat. Sollte dies nicht der Fall sein, würde er gern die Gründe dafür erfahren.

Frau Brederlow antwortete, dass die Stadtverwaltung einen entsprechenden Antrag gestellt hat.

zu 12.9 Herr Bönisch zur Stellungnahme des Städte- und Gemeindebunds zum KiFöG

Herr Bönisch fragte am Beispiel der Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes zum KiFöG, inwieweit die Mitglieder dazu angefragt werden und ob ggf. Rücksprachen erfolgen. Weiterhin, ob im benannten Beispiel die Stadt Halle (Saale) angefragt wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass die Kommunen bei beabsichtigten Gesetzesänderungen um Stellungnahme gebeten werden. Der zuständige Beigeordnete der Stadtverwaltung erstellt entsprechend eine Stellungnahme. Alle beim Städte- und Gemeindebund eingegangenen Stellungnahmen werden abgestimmt und mit einer Beschlussfassung der Landesregierung rückübersandt. Speziell beim KiFöG erfolgen noch Absprachen.

zu 12.10 Herr Lange zum Rettungsdienst

Herr Lange fragte, in welchen Fällen der Rettungshubschrauber zum Einsatz kommt.

Frau Ernst sagte, dass der Rettungshubschrauber dann zum Einsatz kommt, wenn so der Notarzt schneller am Einsatzort ist als ein Rettungsfahrzeug; oder wenn das Meldebild dies erfordert. Es kann zudem der Fall sein bei schwierigem Gelände oder Stauaufkommen auf Autobahnen oder aber, wenn der Notarztwagen bei anderen Einsätze gebunden ist.

Herr Lange fragte nach statistischen Erhebungen.

Frau Ernst sagte eine Prüfung zu.

zu 13 Anregungen

zu 13.1 Anregung der SPD-Fraktion zur Installation einer App für Flüchtlinge Vorlage: VI/2016/02230

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 13.2 Anregung des Stadtrates Gottfried Koehn (SPD) zur Errichtung eines wetterfesten Gehweges entlang des Blumenauweges im Bereich zwischen Kolkturng/Saalering und Gartenstraße
Vorlage: VI/2016/02236**

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 13.3 Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD) zur Verbesserung der Einsehbarkeit der Bahntrasse am Rannischen Platz
Vorlage: VI/2016/02231**

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 13.4 Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD) zur Erleichterung der Befahrbarkeit des Rannischen Platzes
Vorlage: VI/2016/02232**

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 13.5 Anregung des Stadtrates Gottfried Koehn (SPD) zur Querung des Radweges im Bereich der Einmündung Waldstraße/Nordstraße
Vorlage: VI/2016/02234**

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 13.6 Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu generationsübergreifende Bewegungsparks
Vorlage: VI/2016/02191**

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 13.7 Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Laden von Handys und Tablets im öffentlichen Nahverkehr
Vorlage: VI/2016/02193**

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 13.8 Anregung Herr Senius zu Kosten der Jugendhilfe

Herr Senius legte dar, das es seit Anfang Juli eine neue bundesgesetzliche Regelung gibt, wonach der Bund unter bestimmten Voraussetzungen die Kosten der Jugendhilfe für spezifische Projekte, die kommunal durchgeführt werden, übernimmt. Er regte an, sich gemeinsam mit dem Jobcenter zu dieser Regelung zu verständigen. Ziel sollte sein, dass Leistungsangebot der Jugendhilfe der Stadt Halle (Saale) weiter zu stabilisieren.

zu 13.9 Anregung Frau Krimmling-Schoeffler zur Initiative zur Förderung einer Personalstelle zur Koordination und Umsetzung entwicklungspolitischen Engagements in Kommunen

Frau Krimmling-Schoeffler regte an, dass sich die Stadtverwaltung bei der Ausschreibung Engagement Global vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beteiligt. Es gehe um eine 90%-ige Förderung von Personalstellen. Als Mitglied der Steuerungsgruppe Fair Trade würde man dies sehr gern mit unterstützen.

zu 13.10 Anregung Herr Scholtyssek zur Dieselstraße

Herr Scholtyssek bat um Prüfung der Straßenmarkierung an der Kreuzung Dieselstraße in Richtung Merseburger Straße. Hier gibt es zwei Linksabbiegespuren. Er regte die Prüfung an, eine dieser Linksabbiegespuren in eine Geradeausspur zu ändern.

zu 13.11 Anregung Frau Ranft zu Fahrkarten der HAVAG/OBS

Frau Ranft regte in Richtung Stadtverwaltung, der Mitglieder des Aufsichtsrates der HAVAG und des Fahrgastbeirates der HAVAG an, dass Vertreter der HAVAG und OBS ins Gespräch kommen hinsichtlich der Fahrkartenlesetechnik. Sie habe des Öfters die Erfahrung gemacht, dass die Kontrolle der Fahrkarten in den Fahrzeugen von OBS nicht funktioniere, obwohl die Fahrkarten gültig sind.

zu 13.12 Anregung Herr Häder zu Anregungen

Herr Häder bat die Verwaltung um kurzes Feedback, ob die hier geäußerten Anregungen von der Verwaltung aufgenommen werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erinnerte an das abgestimmte Verfahren, dass alle Anregungen, die im Stadtrat gegeben werden, durch die Verwaltung aufgenommen werden. Diese werden anschließend im Hauptausschuss gemeinsam besprochen.

zu 14 Anträge auf Akteneinsicht

zu 14.1 Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in alle Unterlagen zu Genehmigungsverfahren für das Projekt Golfplatz am Hufeisensee

Der Antrag auf Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

zu 14.2 Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion MitBÜRGER für Halle -NEUES FORUM in die Unterlagen zum Verkauf der Immobilie Schopenhauerstraße 4, 06114 Halle (Saale)

Der Antrag auf Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

zu 14.3 Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion MitBÜRGER für Halle -NEUES FORUM in die Unterlagen zum Verkauf der Immobilie Schopenhauerstraße 4, 06114 Halle (Saale)

Der Antrag auf Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Lange beendete die 23. öffentliche Sitzung des Stadtrates um 17:17 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Hendrik Lange
Vorsitzender des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer